

Leitlinien der CDU-Fraktion und des CDU-Stadtverbandes Konstanz in der Asyl- und Flüchtlingsfrage

Unsere Grundsätze

- Als eine an christlichen Werten orientierte Fraktion und Partei betrachten wir es als unsere humanitäre Pflicht, denjenigen Asyl zu gewähren, die vor Krieg und Gewalt zu uns geflohen sind.
- Wir begrüßen daher den Grundsatzbeschluss der Bundesregierung vom 6. September 2015. Damit wurden die Eckpunkte für das weitere Vorgehen festgelegt. Die Flüchtlings- und Asylpolitik erhält so eine überzeugende Konzeption. Wir begrüßen insbesondere die Bereitstellung von drei Milliarden Euro für Länder und Kommunen. Diese dürfen in dieser Situation nicht alleine gelassen werden.
- Deutschland gilt momentan als Vorreiter in der Flüchtlings- und Asylpolitik. Wir können aber nicht die ganze Last alleine tragen. Die Bundesregierung hat daher richtigerweise deutlich gemacht, dass es eine gesamteuropäische Lösung braucht. Dafür wurde nun die Grundlage geschaffen. Nun muss eine faire Verteilung in alle europäischen Mitgliedsstaaten erfolgen.
- Das Grundrecht auf Asyl ist richtig und unbestritten. Es muss gewährleistet und geschützt werden. Dazu gehört aber auch, dass diejenigen, die keinen Anspruch darauf haben, schnell und konsequent rückgeführt werden.
- Das heißt, dass neue Asylanträge schneller bearbeitet und die hohe Zahl an anhängigen Verfahren schnell abgearbeitet werden muss. Auch dafür werden mit einer Task Force und mit einer Aufstockung des Personals nun die Weichen gestellt.
- Wir begrüßen das Bestreben der Bundesregierung, das Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Wir fordern die grün-rote Landesregierung auf dies zu unterstützen.

Leitlinien für Konstanz

- Die Stadt Konstanz ist verpflichtet und bereit ihren Beitrag in dieser großen internationalen Aufgabe zu leisten.
- Wir danken den Konstanzerinnen und Konstanzer für ihren unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz in den verschiedenen Flüchtlingsinitiativen und –organisationen.

- Konstanz braucht einen Integrationsfahrplan. Wir möchten ein Konzept, das die Stichworte Erstunterbringung – Begleitung – Anschlussunterbringung – Perspektiven verzahnt und Strategien für jede Situation bereithält.
- Die Stadt Konstanz muss ihren Beitrag bei der Erstunterbringung leisten. Wir möchten, dass diese Last über das gesamte Stadtgebiet fair und gleichmäßig verteilt wird. Nach aktuellen Zahlen müssen bis Ende 2015 ca. 1200 Flüchtlinge untergebracht werden. Plätze vorhanden sind momentan 463. Angesichts dieser Dringlichkeit muss jeder Raum geprüft werden. Dazu gehören nicht nur Turnhallen, sondern auch Gewerberäume sowie Bundes- und Landesliegenschaften.
- Wir fordern Transparenz. Die Bürgerinnen und Bürger sollen frühzeitig informiert werden über neue Unterkünfte. Sie sollen wissen, welche bestehenden Gebäude derzeit geprüft werden. Nur dann sind die jeweiligen Projekte den Anwohnern vermittelbar. Dazu gehört auch, dass sichtbar gemacht wird, dass die Last verteilt und nicht einem Stadtteil allein aufgebürdet wird.

Zur Transparenz gehört auch das Wissen um die Rahmenbedingungen. Wir brauchen verlässliche Zahlen. Wir möchten wissen, was die Zahl der Erstunterbringungen für die Zahl der Anschlussunterbringungen bedeutet.

- Asylbewerber bloß unterzubringen genügt nicht! Sie müssen auch begleitet werden. Dazu gehören unter anderem psychologische Betreuung, Deutschunterricht, Kinderbetreuung, Beschulung und die Anbindung an den ÖPNV. Hierfür muss es in Zukunft genügend Personal geben.
- Die Anschlussunterbringung darf nicht überstürzt geplant und gebaut werden. Was die Stadt braucht, ist ein begleitendes städteplanerisches Konzept. Dazu gehört auch die Planung von Begegnungsstätten und Integrationshäusern. Ziel muss ein sozialverträgliches Planen und Bauen sein. Die Errichtung einer solchen Unterkunft darf kein Hemmnis für die Quartiersentwicklung sein. Wir können es uns nicht erlauben jetzt einzelne Brennpunkte zu schaffen.
- Zu erstellen ist daher eine Liste mit sämtlichen Flächen, die sofort zu diesem Zweck genutzt werden können.

Auch bei der WOBAK ist anzufragen, welche Möglichkeiten bestehen, Mietern neugebaute Wohnungen zuzuweisen, um die dann frei werdenden an Migranten vermieten zu können.

- Zur Förderung der Integration sollen in der Anschlussunterbringung vor allem dezentrale und durchmischte Einheiten geschaffen werden, soweit dies möglich ist. Die Festlegung auf eine konkrete Zahl pro Unterkunft lehnen wir allerdings ab. Wir glauben, dass eine solche Festlegung angesichts der unsicheren Entwicklung der Flüchtlingszahlen unseriös ist und ein leeres

Versprechen bleiben wird. Wir schlagen stattdessen vor, die Zahl der Einheiten an die Größe des Gebiets anzupassen. Dabei zu berücksichtigen sind auch die jeweiligen besonderen Gegebenheiten, insbesondere die Bedürfnisse der jetzigen Anwohner.

- Ein weiterer Ansatz kann eine Verschränkung des Sozial- und Flüchtlingswohnungsbaus im Rahmen des Wohnungsbauprogramms sein. Es sollte zu diesem Zweck geprüft werden, ob bei den bisher geplanten Bauprojekten ein bestimmter Prozentsatz für die Anschlussunterbringung vorgesehen werden kann. Gleichzeitig soll die Zahl der bisher geplanten Wohnungen um diesen Prozentsatz erhöht werden.
- Die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger müssen ernst genommen werden. Dies kann nur durch einen ständigen Dialog gelingen, bei dem sich gerade die Anwohner auch einbringen und Vorschläge machen können.
- Asylbewerber brauchen Beschäftigung und eine Perspektive, nur so kann Integration gelingen. Dazu gehört die Unterstützung bei Schule und Ausbildung, aber auch die Integration in den Arbeitsmarkt. Hier müssen weitere Partner ins Boot geholt werden, wie etwa die IHK oder die Handwerkskammer. Auch mit Handwerks- und Gewerbebetrieben als potentielle Arbeitgeber soll gesprochen werden.

Integrationspartner können auch Vereine sein, wo insbesondere Kinder und Jugendliche schnell Anschluss finden und unserer Sprache lernen.

Zur Integration gehört gegenseitige Toleranz. Dazu gehört auch, dass Asylbewerber unser Leben, unsere Gepflogenheiten und unsere Werte kennenlernen und verstehen. Erforderlich ist neben Sprachunterricht daher auch das begleitete Kennenlernen der hiesigen Lebensformen.



Roger Tscheulin

Vorsitzender der CDU-Fraktion



Dr. Fabio Crivellari

Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes